

II-2959 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1472 J

An f r a g e

1985 -07- 01

der Abgeordneten STEINBAUER
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend die Rücktrittsankündigungen des Gesundheits-
ministers

Aufgrund von Erklärungen des Gesundheitsministers, er werde als Kandidat für die Präsidentschaftswahl auf die Ausübung seines Ministeramtes verzichten, stellte die ÖVP am 27.6.1985 im Nationalrat die dringliche Anfrage an den Bundeskanzler, wann er dem Bundespräsidenten einen Nachfolger für Dr. Steyrer als Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz vorschlagen werde.

Der Bundeskanzler erklärte darauf, daß Dr. Kurt Steyrer bis zur Bundespräsidentenwahl im Amt bleiben werde.

Der Gesundheitsminister selbst war bei der Debatte anwesend, ohne sich zu Wort zu melden.

In krassem Gegensatz zur Erklärung des Bundeskanzlers berichtet die Tageszeitung "Die Presse" in ihrer Ausgabe vom 28.6.1985, daß Dr. Steyrer sein Regierungsamt früher als ursprünglich geplant, aufgeben werde.

"Irgendwann zwischen 10. November und Jänner" (Steyrer wörtlich).

In dem Gespräch mit der "Presse" soll Steyrer für seinen Entschluß zwei Hauptgründe angeführt haben:
Erstens halte er es doch für "sehr problematisch", den Intensivwahlkampf als amtierender Minister zu führen und

- 2 -

zweitens würde er auch im Falle einer Wahlniederlage sein Amt aufgeben, weil er "als geschlagener Kandidat" dann nicht mehr genügend Autorität hätte.

Aufgrund der Erklärungen des Gesundheitsministers in der "Presse" stellt sich daher die Frage, ob der Bundeskanzler den Nationalrat wissentlich falsch informiert hat, oder ob der Gesundheitsminister mit seinem Interview in der Presse die gestrigen Erklärungen des Bundeskanzlers desavouiert.

Die ÖVP ist der Meinung, daß große Probleme im Bereich der Gesundheits- und Umweltpolitik den vollen Einsatz eines Regierungsmitgliedes verlangen. Der Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten wird zwangsläufig nur mehr teilweise für die Durchführung des Ministeramtes zur Verfügung stehen. Der Bundeskanzler sollte daher dem Wunsch des Gesundheitsministers entsprechen und dem Bundespräsidenten einen Nachfolger vorschlagen. Um die Widersprüche zwischen Gesundheitsminister und Bundeskanzler zu klären stellen daher die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

Wie erklären Sie den Widerspruch zwischen der Beantwortung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Kollegen, wonach der Gesundheitsminister bis zur Präsidentenwahl im Amt bleiben werde und der Ankündigung des Ministers einen Tag später, er werde irgendwann zwischen dem 10. November und Jänner sein Regierungsamt aufgeben ?